

Demokratie und Konflikte nach der Demokratisierung: Griechenland, Portugal, Spanien und Südkorea*

Eun-Jeung Lee
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Deutschland

I. Die „dritte Welle“ der Demokratisierung und danach

Mit der "Nelkenrevolution" in Portugal 1974 begannen weltweit Prozesse der Liberalisierung und Demokratisierung politischer Systeme. Samuel Huntington sprach von einer "Dritten Welle der Demokratisierung".¹

Freedom House klassifizierte für das Jahr 2000 85 Staaten als "free", 60 als "partly free" und 47 Staaten als "not free".² Solche Indikatoren, die die Demokratie messen sollen, sind nicht unumstritten und methodologisch angreifbar. Ungeachtet dessen steht fest, dass die Zahl der Staaten mit Fortschritten in Richtung Demokratie deutlich zugenommen hat. Larry J. Diamond spricht in diesem Sinne von einer "globalen Expansion der Demokratie".

Allerdings sind die bisherigen Ergebnisse dieser Prozesse sehr unterschiedlich: Gelungenen Übergängen von autoritärer Herrschaft zu demokratischen Systemen stehen fehlgeschlagene oder blockierte Demokratisierungsprozesse gegenüber. In Südeuropa gehören Griechenland, Portugal und Spanien, in Ostasien Taiwan und Südkorea in die erste Gruppe, während viele Länder in Afrika, Zentralasien und Lateinamerika in die zweite Gruppe fallen.

In den meisten Ländern der zweiten Gruppe lässt sich dennoch eine Zunahme der Freiheit von Medien und Meinungsbildung beobachten. Deshalb werden diese Länder von Freedom House als „teilweise frei“ eingestuft. Die politische Wirklichkeit dieser Staaten wird durch den Begriff "steckengeblieben"

* Referat im Rahmen der Korea Democracy Foundation und Friedrich-Ebert-Stiftung Internationales Symposium zum 20jährigen Jubiläum des Juni-Aufstandes „Politische Entwicklung nach der Demokratisierung: Die Erfahrungen und Erinnerungen von Korea, Spanien, Portugal und Griechenland“ am 18. Juni 2007 in Seoul, Korea.

¹ Samuel P. Huntington (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. The University Oklahoma Press.

² The 2000 Freedom House Survey, in: Journal of Democracy 12, 1, S. 87-92

möglicherweise besser erfasst, da die demokratische Transition meist durch autoritäre Kräfte blockiert wird, während die demokratische Opposition zu schwach bleibt. Man könnte viele dieser Länder als „Transitionsländer auf Dauer“ bezeichnen.³

Die Herrschaftssysteme dieser Länder bewegen sich vielfach in einer Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie und lassen deshalb eine eindeutige Zuordnung zu Diktatur oder Demokratie kaum zu. So haben Politikwissenschaftler für solche hybride Systeme unterschiedliche Begriffe entwickelt. Sie sprechen von *limited democracy*, *controlled democracy*, *electoral democracy*, *illiberal democracy*, *delegative democracy*, *guarded democracy*, *tutelary democracy*, etc.

Pessimistische Stimmen sagen sogar, dass die Demokratie die aufgrund der in vielen Ländern der 3. Welt herrschenden Armutbedingungen langfristig keine Chance habe und allerhöchstens als Zwischentappe auf dem Weg zu neuen autoritären Formen des Regierens begriffen werden könne. So spricht Andreas Boeckh von der „verlorenen Hoffnung“.⁴ Aurel Croissant und Wolfgang Merkel behaupten, die dritte Welle der Demokratisierung sei weniger als ein Triumph des politischen Liberalismus zu betrachten, sondern als "Erfolgsgeschichte einer ‚defekten‘ Variante der Demokratie, nämlich der illiberalen Demokratie".⁵

Ihre Untersuchungen hätten die Existenz „defekter Demokratien“ in Afrika, Asien, Osteuropa und Südamerika belegt und zudem gezeigt, dass sich einige dieser defekten Demokratien an der Schwelle zur autoritären Herrschaft befänden. Der von der Bertelsmann Stiftung erstellte Transformationsindex lässt die Länder Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens außen vor⁶ – und bringt damit alle anderen Länder praktisch auf den Nenner der „defekten Demokratie“ (auch wenn dieser Begriff selbst nicht verwendet wird).

Es sollte m.E. diskutiert werden, inwiefern solche Klassifizierungen politischen Systeme sinnvoll sind, insbesondere auch wegen des darin zum Ausdruck kommenden Eurozentrismus. Spätestens seit Edward Said ist man sich der Gefahren des „Orientalismus“ bewusst. Dennoch stellt man oft und überall die Spuren des Eurozentrismus fest. Noch erstaunlicher ist wohl die Tatsache, dass viele Wissenschaftler in Ländern mit sog. „defekten Demokratien“, solche

³ Siegmund Schmidt (2001), "Demokratien mit Adjektiven", Die Entwicklungschancen defekter Demokratien, E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 7/8, Juli/August 2001), S. 219-223.

⁴ Andresa Boeckh (2002), Die politische Seite der Globalisierung in Lateinamerika, Vortrag, Weingartener Lateinamerikagespräche „Lateinamerika in der Globalisierung“, 12.1.2002.

⁵ Aurel Croissant, Wolfgang Merkel (2000): Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2000, S. 3-30, hier S. 4

⁶ Siehe <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/27.0.html>.

Begriffsbildungen bei der Analyse ihrer eigenen politischen Systeme übernehmen, ohne sich dieser Problematik bewusst zu sein.

Was der Begriff „defekte Demokratie“ artikuliert, ist die Existenz der perfekten Demokratie. Wo gibt es so etwas? Dieser Begriff reflektiert letztendlich den Hegemonieanspruch des Westens und beruht auf seinem Überlegenheitsbewusstsein in Sachen Demokratie. Da Westeuropa, Nordamerika und Ozeanien nicht auf dem Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung zu finden sind, muss man wohl schlussfolgern, dass dort die perfekte Demokratie weitgehend realisiert worden ist. Sollte dort wirklich die Suche vieler politischer Denker ihr erfüllendes Ende gefunden haben? Dabei weiß man in diesen Ländern selbst sehr genau, dass ihre demokratischen Systeme keineswegs so transparent und reibungslos funktionieren, wie man das gerne hätte.

Diese Art von dichotomer Kategorisierung der Demokratie ignoriert zudem die historische Eigenschaft der Demokratie als Prozess. Betrachtet man die Geschichte der Entwicklung der Demokratie im Westen, ist klar erkennbar, wie wechselhaft sie war. Es wäre eine Selbstverleumdung so zu tun, als ob die Demokratie des Westens nur eine Erfolgsgeschichte gewesen wäre und auf dieser Basis gar die Länder zu kritisieren, die den Prozess der Demokratisierung mit nicht weniger Schwierigkeiten in den letzten Jahren durchlaufen haben und durchlaufen. Es gibt sogar Wissenschaftler, die die Demokratie für etwas genuin Westliches halten; sie sei deshalb für andere Länder ohne den westlichen kulturellen Hintergrund kaum zu implementieren.⁷ Wenn denn die Demokratie genuin westlich sein sollte, wären in dieser Logik auch die Inquisition, die Hexenjagd, die Konzentrationslager etc. etwas genuin Westliches. Wären sie bereit, das zu akzeptieren?

Es sollte nicht mehr umstritten sein, dass Demokratie sich historisch entwickelt. Ebenso sollte ebenso selbstverständlich sein, dass in einer demokratischen Gesellschaft, in der politische und soziale Pluralität einigermaßen gewährleistet sind, stets Konflikte entstehen und ausgetragen werden müssen. Zur Demokratie gehören Konflikte, das ist „das ganz normale Chaos der Demokratie“. Die freiheitliche Demokratie kennt mehr Konflikte als autoritäre Regime, weil sie nicht gewaltsam unterdrückt. Sie lebt sogar von der Auseinandersetzung um wirtschaftliche, soziale und politische Konfliktlagen. Die Konflikt- und Leistungsfähigkeit einer Demokratie zeigt sich daran, inwieweit sie mit diesen Konflikten friedlich und einvernehmlich umgehen kann, d.h. unter

⁷ Dieses Thema wurde auf der Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte der DVPW (Deutsche Vereinigung der Politikwissenschaft) am 26. September 2005 heftig diskutiert.

Wahrung der grundlegenden Werte, die eine Gesellschaft trägt und zusammenhält.

Der Vergleich der politischen Erfahrungen nach der Demokratisierung der vier Länder, Griechenland, Portugal, Spanien und Südkorea, die wir auf dieser Tagung behandeln, ist für die Transitionforschung wichtig, weil sie zeigen, dass junge Demokratien auch mit schwierigen inneren Konflikten auf der Basis demokratischer Prinzipien umgehen können. Erstaunlicherweise finden diese drei europäischen Mittelmeerländer in der akademischen Debatte über demokratische Transition/Transformation keine Beachtung. Dabei stehen sie direkt am Beginn der dritten Welle der Demokratisierung und waren dabei sehr erfolgreich. Gleichermaßen waren Südkorea und Taiwan sehr erfolgreich und gelten als Paradebeispiele für eine gelungene demokratische Transformation.⁸ Zudem waren beide Länder auch wirtschaftlich sehr erfolgreich.

Die erfolgreiche demokratische Transformation dieser 4 Länder ist für Länder, sich noch in dieser Übergangsphase befinden, von großem Interesse. Dabei liefern die Transition selbst, die Konsolidierung ihrer Demokratien und ihre Konfliktfähigkeit besonders interessantes und wertvolles Anschauungsmaterial.

Im Folgenden werden Demokratie und Konflikte nach der Demokratisierung in den vier Ländern vergleichend diskutiert. Ausgangsannahme ist, dass in einer pluralistischen Gesellschaft notwendigerweise laufend Konflikte ausgetragen werden müssen. Die Konfliktfähigkeit einer Demokratie zeigt sich daran, wie friedlich, angstfrei und ohne ihre eigenen Grundlagen zu zerstören, sie mit diesen Konflikten, mit dem ganz „normalen Chaos der Demokratie“, umgehen kann.

II. Erfolgreiche Transition und Konsolidierung der Demokratie

Um über demokratische Transition reden zu können, muss zuerst dieser Begriff klar definiert werden. Allerdings übertreibt man kaum, wenn man sagt, dass es so viele Begriffsdefinition von Transition und Transformation wie Forscher gibt. Dieter Nohlen versteht unter Transition lediglich die politische Demokratisierung⁹. Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter fassen ihn viel weiter und bezeichnen damit alle Systemänderungen¹⁰. Hier werden wir Nohlen folgen und Transition als politische Demokratisierung verstehen.

⁸ Es ist schade, dass die wichtige Erfahrung Taiwans auf dieser Tagung nicht berücksichtigt werden konnte.

⁹ Dieter Nohlen (1988): Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive, Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/26, 3-18, S. 5.

¹⁰ Guillermo O'Donnell/ Philippe C. Schmitter (1986): Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Vol. 4, Guillermo O'Donnell/ Philippe C. Schmitter/ Laurence

Wir aber auch eine Unterscheidung von Guillermo O'Donnell: „It is useful to conceptualize the processes of democratization as actually implying two transitions. The first is the transition from the previous authoritarian regime to the installation of democratic government. The second transition is from this government to the consolidation of democracy or, in other words, to the effective functioning of a democratic regime”.¹¹ Diese Kategorisierung ist nützlich, weil man unterscheiden kann zwischen dem, was zur demokratischen Transition und was zur Konsolidierung der Demokratie beigetragen hat.

Betrachten wir zunächst den ersten Aspekt.

In den Sozialwissenschaften besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Demokratie ein Produkt der Moderne ist: Sobald eine Gesellschaft sich auf den Modernisierungspfad begibt, besonders in der Ökonomie, gilt der demokratische Übergang über kurz oder lang als unausweichlich. Je mehr die gesellschaftliche Komplexität zunimmt, desto höher sind die Anforderungen an die Steuerungskapazitäten des Staates. Aus diesem Grund glaubt man, dass autoritäre Entwicklungsdiktaturen langfristig durch liberale Demokratien ersetzt werden. Bemerkenswert ist aber, dass die Frage, welche kausalen Ursachen und Mechanismen hinter dem Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung stehen, bislang nicht hinreichend beantwortet worden ist.¹² Auch wenn das in vielen Fällen empirisch so ist, kann man sich ohne genauere Kenntnis der Ursachen nicht sicher sein, dass Modernisierung zur Demokratisierung führt. In Singapur z.B. wurde im Gegenteil das autoritäre Herrschaftssystem gestärkt.¹³

Die Erfahrungen in Griechenland, Portugal, Spanien und Südkorea zeigen ebenfalls, dass zwischen der Demokratisierung und wirtschaftlicher Modernisierung keine Automatik besteht. So waren in Spanien und Portugal die autoritären Herrschaftsstrukturen nicht in sich zusammengebrochen; vielmehr spielten die geschicktes Handeln von oben gesteuerte Entscheidungen eine wichtige Rolle. Hingegen waren in Südkorea und Portugal Militärputsche und Massendemonstration entscheidende Momente im Transitionsprozess. In Spanien sah man, wie der junge König Juan Carlos mit Entschlossenheit und klugem strategischen Handeln zur Beseitigung des immer

Whitehead (ed.), *Transitions from Authoritarian Rule*. Baltimore-London: The John Hopkins University Press, S. 6.

¹¹ Guillermo O'Donnell (1992): *Transitions, Continuities, and Paradoxes*, Scott Mainwaring/ Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (ed.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Notre Dame: The University of Notre Dame Press, S.18.

¹² Thomas Kern zeigt in seinem Buch „Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel. Frankfurt: Campus 2005“, wie diese Frage bewältigt werden könnte.

¹³ Es sei nur an die international breit geführte Diskussion über asiatische Werte und asiatische Demokratie erinnert.

noch existenten Franco Regimes beitrug. In Griechenland übergaben die Militärs nach ihrem fehlgeschlagenen Abenteuer auf Zypern, die das Land bis an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung gegen die Türkei geführt hatte, die Macht an Konstantinos Karamanlis, der es seinerseits mit großem politischen Geschick gelang, einen schnellen Regimewandel durchzuführen.

Auch die Proteste der Bürger spielten eine, je nach Land unterschiedlich wichtige Rolle. Die Demokratiebewegung Südkoreas hatte nicht nur in Kwangju 1980, sondern auch schon davor einen hohen Blutzoll entrichtet. Auch die Mittelschichten, insbesondere die Büroangestellte, wurden im Juni 1987 in Südkorea zu einer entscheidenden Kraft.¹⁴ über mehr Fälle. Ähnliches gilt auch für Spanien, Portugal und Griechenland.

Diese Erfahrungen zeigen, dass man die treibende Kraft der Demokratisierung nicht abstrakt in der Modernisierung sehen kann. Die jeweiligen historischen Umstände und Zufälligkeiten erfordern viel Aufmerksamkeit.

Für uns ist die Frage der Konsolidierung der Demokratie wichtiger als die der Transition. Schmitter meint, dass man die Konsolidierung entweder mit der Absicherung als prinzipiellem Regimetyp verstehen könne, oder darin primär jenen Prozess zu sehen, in dem entschieden wird, welcher Typus eines demokratischen Regimes eingerichtet wird.¹⁵ In der zweiten Definition geht es also um die Entscheidung für eine formale oder materielle Demokratie.

Indes betrachtet O'Donnell die Frage der Konsolidierung der Demokratie unter sozial-politischen und psychologischen Aspekt. Danach ist Konsolidierung als Eliminierung, Marginalisierung, Neutralisierung oder als demokratische Überzeugung von politisch relevanten Akteuren, die den demokratischen Prozess gewaltsam oder in anderer Weise beenden könnten bzw. wollten, zu verstehen. Konsolidierung wird so zu einem Prozess, der Anstrengungen zur Verhinderung eines „plötzlichen Todes“ der Demokratie, etwa durch einen Putsch oder die nicht-demokratische Machtübernahme durch eine Partei oder eine soziale Gruppe, umfasst. Es geht also um die Ausschaltung möglicher undemokratischer Vetomächte, Parteien oder anderer politischer Akteure, die ihre Anstrengung auf den Zusammenbruch der Demokratie ausgerichtet haben.¹⁶

¹⁴ Das bedarf allerdings, wie Thomas Kern gezeigt hat, noch genauerer Untersuchungen.

¹⁵ Philippe C. Schmitter (1988): *The Consolidation of Political Democracy in Southern Europe*. Stanford University: mimeo; (1992), *The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups*, *American Behavioral Scientist*, Vol. 35, No. 4/5, 422-449.

¹⁶ Guillermo O'Donnell (1992), *Transitions, Continuities, and Paradoxes*: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/ J. Samuel Valenzuela (ed.), *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Notre Dame: The University of Notre Dame Presse, 23 쪽.

Wir betrachten Konsolidierung als Gewöhnung an demokratische Prozeduren und als Stabilisierung von politischen Verhaltensweisen, Praktiken sowie Einstellungen, die ein normales Funktionieren der Demokratie ermöglichen. Es ist eine umfassende Definition, die mit ihrer Betonung der verhaltensmäßigen Ebene sowohl in der minimalistischen Variante, welche die Konsolidierung lediglich aus der Sicht der Legitimität und des regelkonformen Verhaltens erklärt, als auch in der maximalistischen Variante der Konsolidierung, die diese als Ausbreitung einer umfassenden demokratischen Kultur und dementsprechender Verhaltensweisen definiert. Diese Art Definition ist möglich, weil hinter allen Versionen der Definition von Konsolidierung stets der Gedanke steht, dass politisch relevante Handlungsweisen und Einstellungen stabilisiert werden müssen, um einen „langsamen Tod“ der Demokratie unwahrscheinlich zu machen. Ein langsamer Tod droht, vor allem in Zeiten politischer Krise, durch Ignorieren demokratischer Regeln und Prozeduren oder eine ständige Aushöhlung demokratischer Prinzipien. Letztlich hängt die Konsolidierung der Demokratie also mit der Frage zusammen, inwiefern die Gesellschaft in der Lage ist, ein Konsens für die Demokratie zu schaffen, und diese aufrecht zu erhalten.

Wir konnten in Südkorea, Spanien, Portugal und Griechenland beobachten, wie ein solcher Konsens bereits an Anfang des Transitionsprozesses entstanden war. Dies war eine „minimaler Konsens“, nämlich, dass eine Rückkehr zur Diktatur nicht möglich sein sollte. Der von Mikis Theodorakis geprägte Wahlslogan „entweder Karamanlis oder die Panzer“ zeigt die Stimmung in jener Phase deutlich. Wenn der König Juan Carlos in Spanien den Prozess der Transition erfolgreich einleiten konnte, dann nur deshalb, weil ein solcher Konsens bereits bestand. In Südkorea, so schreibt Kim Tong Ch'un, war man sich einig, dass die Demokratiebewegung allein auf sich gestellt die Diktatur und ihre politisch-wirtschaftliche Ordnung nicht überwinden könnte. Deshalb war man bereit, sich mit der Erklärung von 29.Juni 1987 auf einen Kompromiss einzulassen, der dann doch zum Zusammenbruch des Militärregimes führte.

Gegenwärtig bezweifelt niemand mehr, dass in diesen 4 Ländern demokratische Prozeduren und Prinzipien einigermaßen normal funktionieren und dass sich entsprechende politische Verhaltensweisen und Einstellungen etabliert haben. Selbst als Griechenland zwischen 1989 und 1993 aufgrund der Unfähigkeit der politischen Parteien, sich zu einigen, in einen Zustand der Unregierbarkeit und in eine tiefe politische Krise geraten war, hätte ein neuerliches Militär- bzw. autoritäres Regime nicht die geringsten Chancen gehabt. Darin erkennt man, wie stabil die Demokratie dort bereits geworden war. Auch in Spanien wird die Demokratie trotz des sich fortsetzenden Terrorismus von ETA und einiger islamistischer Fundamentalisten nicht in Frage gestellt.

Auch in Südkorea und Portugal scheidet, ungeachtet vieler, z.T. sehr bitter ausgetragener politischer Konflikte, die Rückkehr zu Diktatur oder zu einem autoritär geführten System als Alternative vollkommen aus.

So lässt sich in allen vier Ländern schnell ein Konsens in bezug auf die Stabilisierung des jeweiligen demokratischen Regimes herstellen. Trotzdem war und ist es nicht einfach, einen ähnlichen Konsens über den Charakter der errungenen demokratischen Regime zu finden. Wenn man wie Schmitter die Konsolidierung der Demokratie unbedingt als jenen Prozess, in dem über den Typus des einzurichtenden demokratischen Regimes entschieden wird, ansehen will, dann ist in diesen vier Ländern diese Konsolidierungsphase noch gar nicht richtig abgeschlossen. In den drei südeuropäischen Ländern konkurrieren Sozialisten und Konservative nach wie vor um die Macht und die politische Richtung, die das Land einschlagen soll. In Südkorea, immer noch ein geteiltes Land, das sich im Zustand des Kalten Krieges lebt, hat sich zwar keine sozialistische Partei etablieren können, während eine kommunistische Partei gar nicht erlaubt ist, doch ist auch politischer Streit um die Ausrichtung der Demokratie nicht unbekannt. Nicht zuletzt steht die Frage, ob die Demokratie eine formelle oder materielle sein soll, im Mittelpunkt der vieler wissenschaftlicher Tagungen, die zum Gedenken an 20 Jahre Demokratisierung stattfinden.

Könnte man deshalb sagen, dass sich in diesen Ländern, weil über den Charakter des demokratischen Regimes noch keine Einheit besteht, die Demokratie noch nicht konsolidiert habe? Da müsste man sich in der Tat fragen, in welchem Land die Demokratie nach diesem Kriterium tatsächlich als „konsolidiert“ bezeichnet werden könnte. Selbst in den demokratisch musterhaften skandinavischen Ländern gibt es eine lebhaft politische Debatte um das „richtige“ Gesellschaftsmodell.

So stellt sich die Frage, ob die Konsolidierung der Demokratie als Prozess, in welchem entschieden wird, welcher Typus eines demokratischen Regimes eingerichtet werden soll, tatsächlich nur für Staaten gilt, die die Transition hinter sich gebracht haben. Ist es nicht so, dass die Demokratien stets mit der Frage konfrontiert werden, in welche Richtung sich sie entwickeln soll? In diesem Zusammenhang erhält eine Aussage von Klaus von Beyme besondere Bedeutung. Sie besagt, dass Demokratie nicht ein Ist-Zustand ist, „sondern sie *wird*“. Letztlich ist die Demokratie ein Prozess, der sich auf der Basis von demokratischen Regeln und Konsensbildung ständig erneuert. Demokratie als Prozess bedeutet, dass sie stets von Konflikten begleitet ist. Dies ist eben das Wesensmerkmal des ganz normalen Chaos der Demokratie.

Es ist noch hinzuzufügen: In der wissenschaftlichen Debatte über die Transition werden im Bezug auf den drei südeuropäischen Länder nur ihre Besonderheiten hervorgehoben. Es heißt, dass sich diese Länder auf leidlich funktionierende Marktwirtschaften und auf eine sich entwickelnde EU-Gemeinschaft stützen könnten. Darin würden sich die Erfahrungen in Südeuropa wesentlich von denen von Ländern in Afrika und Südamerika unterscheiden. In Südamerika hätte es weder eine so massive externe wirtschaftliche Unterstützung gegeben, noch seien die sozioökonomischen Grundlagen der breiteren Schichten erfassenden zivilgesellschaftlichen Entwicklung gegeben..

Daraus sollte man aber nicht schlussfolgern, dass die südeuropäischen Erfahrungen in für andere Länder ohne Bedeutung wären. Dies gilt auch für die Erfahrung Südkoreas. Sonst käme man am Ende dazu, die koreanische Erfahrung als für andere Länder belanglos zu bezeichnen, weil sie auf dem speziellen kulturellen Hintergrund Koreas, etwa seiner konfuzianischen Kulturtradition gewachsen sei.

Was die Erfahrungen Südkoreas, Spaniens, Portugals und Griechenlands vielmehr zeigt, ist die Bedeutung des Vorhandenseins eines Konsenses für die Demokratie und die Kompromissbereitschaft, diese Konsensbildung weiterzupflegen und aufrechtzuerhalten.

III. Vergangenheitsfrage – Umgang mit Konflikten

Was sich die Länder, die auf der Dritten Welle der Demokratisierung die Transition geschafft haben, von den alten Demokratien unterscheidet, ist vor allem ihre diktatorische Vergangenheit. Soziale, ökonomische Konflikte und ideologisch-politische Konflikte treten in allen politischen Systeme auf, jedoch nur in wenigen Konflikte über den Umgang mit der eigenen diktatorischen Vergangenheit. Hier handelt es sich um ein spezifisches Problem junger Demokratien.

Auch am Umgang mit diesem Problem kann man den Grad der Konsolidierung ihrer Demokratie erkennen. In den vier Ländern war zu beobachten, dass in der ersten Phase der Transition die Vergangenheit nicht politisch thematisiert wurde. Dadurch hätte, wie in Spanien, die Transition überhaupt gefährdet werden können, oder, wie in Korea, die politischen Machtstruktur, die unmittelbar nach der Transition mittels einer Konsens entstanden war, intensivere Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht ermöglicht (Südkorea). Bemerkenswert ist vor allem, dass in allen vier Ländern das Thema „der diktatorischen Vergangenheit“ nicht unmittelbar nach der Demokratisierung, sondern erst viel später, nachdem sich die Demokratie konsolidiert hatte, zum politischen Thema wurde.

Die gegenwärtigen Debatten in Spanien und Südkorea über die eigene diktatorische Vergangenheit weisen erstaunlich viele Parallelen auf. In den beiden Gesellschaften ist von der Spaltung von Gesellschaft und Politik wegen dieser Auseinandersetzung die Rede. In beiden wird die Einführung eines Gesetzes, das die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erleichtern und fördern soll, sehr kontrovers geführt.

In Griechenland und Portugal ist hingegen das Thema der Vergangenheit (bisher) nicht zum politischen Streitpunkt geworden. Gibt es besondere Gründe dafür? Im Falle Griechenlands war die Dauer der Militärdiktatur vielleicht einfach zu kurz und die Zahl der Opfer zu gering, um Fragen von Verantwortung und Entschädigung zum brennenden politischen Thema werden zu lassen. Trotzdem, wie wir gehört haben, gibt es im Zeitalter des Post-Kalten-Krieges ein gewisses, durchaus von Kontroversen begleitetes Wiederaufleben der nationalistischen, politischen Kultur, die für die Entstehung der Militärdiktatur mitverantwortlich gewesen war. Daran ist erkennbar, dass sich auch die griechische Demokratie nicht ganz von dem Schatten der Vergangenheit hat lösen können.

Portugal hat eine der am längsten dauernden Militärdiktaturen der Welt erlebt und hatte auch viele Opfer der Diktatur zu beklagen. Wie sollte da die Erinnerung an die Vergangenheit ausgeblendet werden können? Dass die Vergangenheit dennoch nicht zum politischen Streitpunkt geworden ist, liegt es wohl daran, dass man damit die Bildung des demokratischen Regimes nicht gefährden wollte. Insofern ähnelt die Erfahrung Portugals der Spaniens bis 2004. Allerdings wird in jüngster Zeit auch in Portugal, auch wenn offenbar nicht so ernst gemeint, die Frage gestellt, ob der Diktator Salazar als größte historische Persönlichkeit des Landes betrachtet werden soll. Die Meinungen sollen weit auseinandergehen. Auch Portugal ist also nicht frei von der Erinnerung an Diktatur.

Was deutlich wird, ist, dass die Vergangenheit nicht nur in der Geschichte, sondern auch in der Gegenwart weiter wirkt. Man muss die aktuellen Auseinandersetzungen um die eigenen Vergangenheit nicht als Schwäche dieser jungen Demokratien sehen. Im Gegenteil kann man dieses Debatten als ein Anzeichen für die weitgehende Konsolidierung und Stabilität dieser Demokratie sehen. Die Erfahrung Spanien zeigt uns das am deutlichsten. Die Diskrepanz zwischen der „halbherzigen“ Berührung des Themas zu Beginn der Transition und der gegenwärtig heftigen Auseinandersetzung um die Vergangenheit beruht auf dem qualitativen Unterschiede der Demokratie vor 30 Jahren und heute. Auch in Südkorea wird mit dem „Kampf um die Vergangenheit“, wie man in Südkorea sagt, vielmehr die Tatsache unter Beweis

gestellt, wie sehr sich die Demokratie mittlerweile konsolidiert hat. Mehr noch unsere Referenten aus Portugal und Griechenland sind der Meinung, dass es in ihren Ländern nun an der Zeit wäre, ihre diktatorische Vergangenheit zum öffentlichen Thema zu machen.

Daraus können lernen, dass man sich vor der Debatte um die eigene diktatorische Vergangenheit und die Erinnerung daran nicht zu scheuen braucht. In einem Land, in dem sich die Demokratie soweit konsolidiert hat, dass politische Konflikte die Existenz der Demokratie nicht mehr gefährden, gibt keinen Grund, diese Debatte zu vermeiden. Zumal ist die Erfahrung der Unterdrückung durch die Diktatur in all ihren Formen bis heute im, wenngleich noch weitgehend tabuisierten, kollektiven Gedächtnis des Landes erhalten geblieben. Psychoanalytiker würden sagen, dass die unterdrückten Erinnerungen und Traumata die leidende Seele in soziale, psychologische Schief lagen und psychosomatische Krankheiten führt. Die Erinnerung an die Diktatur kann zum kollektiven Trauma, das die junge Demokratie belastet, werden. Deshalb stellt die Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit eine Art Übergangsritus dar, den die Länder nach ihrer demokratischen Transition und der Konsolidierung der Demokratie einmal zu durchlaufen haben.

Der Umgang mit der Vergangenheit in den vier hier untersuchten Ländern kann in diesem Sinne als ein Übergangsritus betrachtet werden. Wichtig ist aber, dass trotz der z.T. sehr scharfen Kontroversen alle Konflikte im Rahmen demokratischer Prinzipien und Verfahrensweisen ausgetragen werden. Sicher gibt es problematische Aspekte, wie z.B. Medien, die ihrer Aufgabe, öffentliche Debatten zu organisieren, nur eingeschränkt nachkommen und stattdessen diese Debatte selbst in eine bestimmte Richtung zu steuern versuchen. Das ist allerdings ein Problem, mit dem sich heutzutage alle Mediendemokratien herumschlagen müssen. Somit kann man sagen, dass die Diskurse und Konflikte um die eigene Vergangenheit in den vier Ländern Teil der vielen und ganz normalen Auseinandersetzungen dieser pluralistischen und demokratischen Gesellschaft um ihre jeweils eigenen gesellschaftlichen Ordnungen und ihre Zukunft geworden sind. Sie gehören zum lebendigen „ganz normalen Chaos“ der Demokratie.